



Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/6696

A09

29. März 2022

Seite 1 von 3

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 871-1932

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN vom 21.03.2022
„Angekündigte Stärkung der Kriminalpolizei“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-
sende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Angekündigte Stärkung der
Kriminalpolizei NRW“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022
zu dem Tagesordnungspunkt
„Angekündigte Stärkung der Kriminalpolizei NRW“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN vom 21.03.2022

Die Entwicklung eines Maßnahmenpaketes zur Stärkung und Modernisierung der Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen hat sehr hohe Priorität. Aus diesem Grund habe ich bereits im Oktober 2021 die Landesarbeitsgruppe „Initiative PRO K“ (LAG IPK) unter der Leitung des Landeskriminaldirektors initiiert, die einerseits mögliche Entwicklungs- sowie Belastungspotenziale identifizieren und andererseits konkrete Vorhaben erarbeiten soll, um nachhaltige Verbesserungen im Kernaufgabenbereich der Kriminalitätsbekämpfung in den Kreispolizeibehörden (KPB) und im Landeskriminalamt NRW (LKA) zu bewirken. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 2021 den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP „Unserer Kriminalpolizei den Rücken stärken – Belastungssituation, Organisation und Strukturen überprüfen“ (Drucksache 17/15263) angenommen und damit eine ganz ähnliche Zielrichtung zum parlamentarischen Auftrag erklärt.

Im Kern steht die Kriminalpolizei vor wesentlichen Herausforderungen in den Bereichen Personal, Arbeitsorganisation und IT. Im Bereich Personal werden einerseits Lösungen erarbeitet, um mit geeigneten Strategien der Personalwerbung, aber auch durch den Ausbau gezielter Mentoring-Programme, dem Wegfall wertvollen Erfahrungswissens aus der Kriminalitätsbekämpfung entgegenwirken. Andererseits wird die passgenaue Anwerbung von hochspezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie



bspw. von IT-Personal, konzipiert. Im Bereich Arbeitsorganisation nimmt die Landesarbeitsgruppe Möglichkeiten in den Fokus, die in der kriminalpolizeilichen Arbeit existierenden Belastungsfaktoren, wie eine hohe Fall-dichte, das Gefühl eines mangelnden Arbeitserfolgs, die objektive Arbeitsbelastung oder das subjektives Belastungsempfinden, abzumildern. Hierin fließen auch Überlegungen zu den Formen der Arbeits- und Arbeitsplatzgestaltung sowie den zukünftigen Raumbedarfen und -konzepten für die Direktion Kriminalität ein. Der Bereich IT schließlich adressiert die Anforderungen der kriminalpolizeilichen Ermittlungstätigkeit und die Auswertung und Analyse kriminalpolizeilicher Daten in einer immer digitaler werden Welt. Damit steht die Entwicklung von ermittlungsfördernden und mitarbeiterentlastenden IT-Lösungen im kriminalistischen Alltag genauso im Mittelpunkt der Überlegungen wie die wirkungsvolle Bekämpfung herausragender Cyberangriffe.

Aufgrund der vielfältigen Fragestellungen, die in ganz unterschiedlicher Form alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei betreffen und gesellschaftliche, organisationsspezifische und individuelle Ursachen sowie Auswirkungen haben, arbeiten derzeit zahlreiche Expertinnen und Experten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern in thematischen Arbeitsgruppen an Ergebnissen. In die Überlegungen wird ganz bewusst auch der gemeinsame Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktionen Kriminalität vor Ort, den Gremienvertretungen sowie die Hilfe von externen Fachleuten miteinbezogen. Der Innenausschuss wird unmittelbar nach hausinterner Vorlage der Ergebnisse der LAG IPK über die Maßnahmen informiert.